Satzung
über die Erhebung eines Anschlussbeitrages
für die Entwässerungsanlage der Hansestadt Herford
(Entwässerungsanschlussbeitragssatzung)

vom 13.09.1978

in der Fassung der 10. Änderungssatzung vom 16.12.2015

Aufgrund der §§ 7, 8, 9 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW.1994 S. 666) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV.NRW.S.496) und der §§ 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712), zuletzt geändert durch Art.3 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV.NRW.S.496) i.V.m. der Satzung der Stadt Herford über die Erhebung eines Kanalanschlussbeitrages für die Entwässerungsanlage der Stadt Herford (Entwässerungsanschlussbeitragssatzung) vom 13.09.1978 zuletzt geändert durch Satzung vom 07.05.2004 hat der Rat der Hansestadt Herford in seiner Sitzung am 11.12.2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Anschlussbeitrag

Die Hansestadt Herford erhebt zum Ersatz ihres Investitionsaufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage einen Kanalanschlussbeitrag.

§ 2
Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die tatsächlich und rechtlich an die Abwasseranlage angeschlossen werden können und für die
- (a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, wenn sie bebaut oder gewerblich genutzt werden können;
 - (b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Hansestadt zur Bebauung anstehen, oder wenn sie tatsächlich baulich genutzt werden.

Abweichend von Satz 1 richtet sich das Entstehen der Beitragspflicht für Niederschlagswasser bei Grundstücken, die zum Zeitpunkt der Anschlussmöglichkeit aufgrund des § 51 a LWG Niederschlagswasser nicht in den Regen- bzw. Mischwasserkanal der öffentlichen Abwasseranlage einleiten dürfen, nach den Regelungen des § 4 Abs. 1 letzter Satz.

- (2) Wird ein Grundstück an die Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen,

- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 3 Beitragsmaßstab und Beitragssatz

- (1) Maßstab für den Anschlussbeitrag ist die modifizierte Grundstücksfläche.

Bei der Ermittlung der Grundstücksfläche ist in Gewerbe-, Industrie- und Kerngebieten, in Gebieten der in Abs. 4 Satz 2 bezeichneten Art sowie bei Baugrundstücken für den Gemeinbedarf die gesamte Grundstücksgröße maßgebend. In anderen als den in Satz 2 genannten Gebieten ist eine Grundstückstiefe von höchstens 40 m zugrunde zu legen. Soweit jedoch entweder aufgrund baurechtlicher Vorschriften für die Nutzung des Grundstücks eine größere Tiefe als 40 m erforderlich ist oder das Grundstück über eine Tiefe von 40 m hinaus tatsächlich baulich oder gewerblich genutzt wird, ist die größere Tiefe zuzüglich der bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen zugrunde zu legen.

Die Grundstückstiefe ist zu berechnen:

- (a) bei Grundstücken, die an eine kanalisierte Erschließungsanlage angrenzen, die Fläche von der Erschließungsanlage bis zu einer Tiefe von 40 m, wobei sich die Tiefe parallel zur kanalisierten Erschließungsanlage bemisst,
- (b) bei Grundstücken, die an mehrere kanalisierte Erschließungsanlagen angrenzen, von jeder der angrenzenden Grundstücksseiten; dabei ist höchstens die tatsächliche Grundstücksgröße zu berechnen,
- (c) bei Grundstücken, die nicht an die kanalisierte Erschließungsanlage angrenzen oder nur durch einen dem Grundstück dienenden Weg mit diesem verbunden sind, von der Grundstücksseite, an die der Kanalanschluss herangeführt wird; Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zum Grundstück herstellen, bleiben unberücksichtigt.

Wird in einer Erschließungsanlage nachträglich ein Entwässerungskanal verlegt, an den angrenzende Grundstücke angeschlossen werden können, ist für die beitragsmäßig noch nicht belasteten Flächen der Anschlussbeitrag nachzuzahlen; das Gleiche gilt für solche Grundstücksflächen, die aufgrund der Tiefenbegrenzung zunächst beitragsmäßig nicht belastet worden waren, die aber nachträglich tatsächlich bebaut werden oder bebaut werden dürfen.

Wird ein bereits an die Abwasseranlage angeschlossenes Grundstück durch Hinzunahme eines angrenzenden Grundstücks, für das ein Anschlussbeitrag nicht erhoben ist, zu einer wirtschaftlichen Einheit verbunden, so ist der Anschlussbeitrag für das hinzugekommene Grundstück nachzuzahlen.

- (2) Die nach Abs. 1 ermittelte Grundstücksfläche wird entsprechend der Ausnutzbarkeit mit einem Vomhundertsatz vervielfacht, der im Einzelnen beträgt:

a) bei ein- und zweigeschossiger Bebaubarkeit	100 v.H.
b) bei dreigeschossiger Bebaubarkeit	125 v.H.

c) bei viergeschossiger Bebaubarkeit	150 v.H.
d) bei fünfgeschossiger Bebaubarkeit	170 v.H.
e) bei sechsgeschossiger Bebaubarkeit	185 v.H.
f) bei mehr als sechsgeschossiger Bebaubarkeit	200 v.H.

- (3) Maßgebend für die Zahl der Vollgeschosse (Abs. 2) sind im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes dessen höchstzulässige Festsetzungen. Enthält der Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl, so gilt als Zahl der Vollgeschosse die durch 2,8 dividierte Baumassenzahl, wobei auf die nächstfolgende volle Zahl der Vollgeschosse aufgerundet wird. Sind in einem Bebauungsplan keine Festsetzungen über die Anzahl der Vollgeschosse oder Baumassenzahl vorhanden bzw. besteht kein Bebauungsplan, so gilt

1. bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Geschosse;
2. bei unbebauten, jedoch bebaubaren Grundstücken die Zahl der Vollgeschosse, die auf den benachbarten Flächen überwiegend vorhanden ist.

Ist eine Geschosshöhe wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, werden je angefangene 2,80 m Höhe des Bauwerkes als 1 Vollgeschoss gerechnet.

Sind für (auf) ein(em) Grundstück mit Ausnahme von Nebengebäuden und Anbauten Baukörper von verschiedener Geschossigkeit ausgewiesen oder in unbeplanten Gebieten vorhanden, so ist die Grundstücksfläche nach dem Verhältnis der zulässigen oder vorhandenen Geschossflächen der einzelnen Baukörper auf dem Grundstück aufzuteilen.

Diese Flächenanteile werden jeweils mit dem nach Abs. 1 anzuwendenden v.H.-Satz entsprechend der zulässigen oder vorhandenen Geschossigkeit der einzelnen Baukörper vervielfacht.

Die Festsetzungen eines Bebauungsplanes sind auch dann anzuwenden, wenn der Plan sich noch in der Aufstellung befindet und den Verfahrensstand im Sinne des § 33 BauGB erreicht hat.

- (4) Die nach Abs. 2 sich ergebenden Vmhundertsätze werden bei Grundstücken in Kerngebieten mit dem Faktor 1,5 und bei Grundstücken in Gewerbegebieten und in Industriegebieten mit dem Faktor 1,3 vervielfacht. Letzteres gilt auch für Grundstücke außerhalb von Bebauungsplangebieten bei zulässiger oder vorhandener, ausschließlicher oder überwiegender gewerblicher oder industrieller Nutzung.

Maßgebend für die Art der Nutzung sind im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes dessen Festsetzungen. Absatz 3 letzter Satz gilt entsprechend.

- (5) Grundstücke, für die im Bebauungsplan eine gewerbliche Nutzung oder Bebauung festgesetzt ist, und Grundstücke, die im Bebauungsplan als bebaubare Gemeinbedarfsfläche ohne Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse ausgewiesen sind, werden wie Grundstücke mit ein- und zweigeschossiger Bebaubarkeit behandelt.

An den Kanal angeschlossene Grundstücke, die nicht baulich oder gewerblich genutzt sind und auch nicht baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen - ausgenommen Grundstücke nach Abs. 6 - werden mit 50 v.H. der Grundstücksfläche nach Abs. 2a) angesetzt.

-
- (6) Grundstücke, auf denen nur Garagenbebauung oder die Anlegung von Stellplätzen zulässig ist, sind bei Zugrundelegung der Geschosszahl wie diejenigen Grundstücke zu behandeln, denen sie dienen, oder, wenn sie keinen anderen Grundstücken dienen, wie ein- und zweigeschossige Grundstücke.
- (7) Bei landwirtschaftlichen Betriebsstätten wird als anrechenbare Fläche die fünffache Grundfläche der angeschlossenen oder noch anzuschließenden Gebäude, höchstens jedoch jeweils 1.200 m², angesetzt.

Sollte die fünffache Grundfläche mehr als 1.200 m² betragen, kann abweichend von Satz 1 in begründeten Einzelfällen die größere fünffache Grundfläche für die Berechnung des Anschlussbeitrages zugrunde gelegt werden.

Die so ermittelte Fläche wird diesen Gebäuden dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von der Außenfläche der Gebäude verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenzen durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt.

Diese Regelung gilt auch für Grundstücke im Außenbereich, bei denen an die bebaute wirtschaftliche Einheit landwirtschaftlich genutzte Grundstücksteile desselben Eigentümers unmittelbar anschließen.

- (8) Der Anschlussbeitrag beträgt pro m² der durch die Anwendung der Zuschläge nach den Abs. 2 bis 7 ermittelten modifizierten Grundstücksfläche bei Einleitungsmöglichkeit von
- Schmutzwasser in einen Freispiegelkanal	3,99 Euro
- Schmutzwasser in ein Druckentwässerungssystem	1,79 Euro
- Regenwasser in einen Freispiegelkanal	2,66 Euro

- (9) Wird bei Gewerbegrundstücken gem. § 8 Abs. 5 der Satzung der Stadt Herford über die Entwässerung der Grundstücke (Entwässerungssatzung) der Bau von Regenrückhaltemaßnahmen für Niederschlagswasser vor dessen Einleitung in die Kanalisation gefordert, reduziert sich der Kanalanschlussbeitrag wie folgt:
Bei Beschränkung des Abflusses auf den natürlichen Landabfluss wird der Kanalanschlussbeitrag für die Einleitung von Regenwasser in die Kanalisation um 60% reduziert.
Bei Beschränkung des Abflusses aufgrund eines Versiegelungsgrades von mehr als 40% der Grundstücksfläche wird der Kanalanschlussbeitrag für die Einleitung von Regenwasser in die Kanalisation um 40% reduziert.

§ 4 Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann. Für Grundstücke, von denen zum Zeitpunkt der Anschlussmöglichkeit aufgrund des § 51 a Landeswassergesetz Niederschlagswasser nicht in den Regen- bzw. Mischwasserkanal der öffentlichen Abwasseranlage eingeleitet werden darf, entsteht die Beitragspflicht mit dem Tage der Zustimmung zur Einleitung von Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage, wenn das Niederschlagswasser nicht mehr entsprechend dem § 51 a Landeswassergesetz vor Ort versickert, verrieselt oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet werden kann.

-
- (2) Im Falle des § 2 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit der Herstellung des betriebsfertigen Anschlusses. Im Falle des § 3 Abs. 8 entsteht die Beitragspflicht für den Restbetrag, sobald das Grundstück mit dem Vollanschluss an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann. Im Falle des § 3 Abs. 1 vorletzter und letzter Satz entsteht die Beitragspflicht mit der Anschlussmöglichkeit für Restflächen, mit der Bebauung oder Bebauungsmöglichkeit für die Restflächen bzw. mit der Vereinigung der Grundstücke.
 - (3) Für Grundstücke, für die eine Beitragspflicht entsprechend den Regelungen des § 4 Abs. 1 bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung gegeben war, entsteht die Anschlussbeitragspflicht mit Inkrafttreten dieser Satzung. Das Gleiche gilt für Grundstücke, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits angeschlossen waren.
 - (4) In den Fällen des Abs. 3 Satz 2 entsteht keine Anschlussbeitragspflicht, wenn für den Anschluss des Grundstückes bereits eine Anschlussgebührenpflicht nach früherem Recht entstanden war, auch wenn sie durch Zahlung, Erlass oder Verjährung erloschen ist.

§ 5 Beitragspflichtige

Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 6 Fälligkeit der Beitragsschuld

Der Beitrag wird drei Monate nach Zustellung des Beitragsbescheides fällig.

§ 7 Ablösung des Anschlussbeitrages

Die Stadt kann die Ablösung des Anschlussbeitrages im Ganzen zulassen. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 8 Aufwandersatz für Grundstücksanschlüsse gem. § 10 KAG

- (1) Gemäß § 10 Abs. 1 KAG können die Gemeinden bestimmen, dass ihnen der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung des Grundstücksanschlusses an die Abwasseranlage (Regen- und Schmutzwasser) von der Straßenleitung bis zur Grundstücksgrenze ersetzt wird. Dieser Aufwand wird außer in den Fällen des Absatzes 2 durch den Anschlussbeitrag nach § 3 dieser Satzung abgegolten, da die Grundstücksanschlüsse Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage sind.

- (2) Erfolgt eine nicht betriebsnotwendige Herstellung, Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung des Grundstücksanschlusses auf Veranlassung des Anschlussnehmers in dessen Interesse, ist er verpflichtet, der Hansestadt Herford (IAB - Sparte Abwasser) den dafür entstandenen Aufwand in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten zu ersetzen.
- (3) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück des Anschlussnehmers ist der Hansestadt Herford (IAB - Sparte Abwasser) in der Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten zu ersetzen.
- (4) Der Ersatzanspruch entsteht für die Herstellung mit der endgültigen Fertigstellung der im § 8 Abs. 2 und 3 bezeichneten Anlagen. Der Ersatzanspruch wird drei Monate nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (5) Ersatzpflichtig ist der Eigentümer des Grundstücks, zu dessen Anschluss die im § 8 Abs. 2 und 3 bezeichneten Anlagen bestimmt sind. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte ersatzpflichtig. Mehrere Ersatzpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt ab 01.01.2016 in Kraft.

Anmerkung:

Die öffentliche Bekanntgabe erfolgte im „Amtliches Kreisblatt für den Kreis Herford Nr. 35/2015 (Sonderausgabe) vom 22.12.2015“.